

»Geschehen ist fast nichts«

Der französische Präsident wollte seinen Rat, wie er mit kolonialer Raubkunst umgehen solle – und schlägt ihn jetzt in den Wind.
Der senegalesische Ökonom Felwine Sarr über die Arroganz der Europäer und die große Chance der Restitutionsdebatte

Wir treffen ihn in einem Berliner Hotel: Felwine Sarr, 46, ein Intellektueller aus dem Senegal, der gerade wie kaum ein anderer die Debatte über die Rückgabe kolonialer Raubgüter beeinflusst. Im März vorigen Jahres war der Professor für Ökonomie von französischen Präsidenten Macron beauftragt worden, die Möglichkeiten einer Rückgabe entwendeter Artefakte zu erkunden. Sein Bericht, erarbeitet der Kunsthistoriker Bénédicte Savoy, ist äußerst umstritten, auch in Deutschland. Viele fürchten, dass bald schon die europäischen Museen ihre wichtigsten Sammlungstücke verlieren könnten.

ZEIT: Herr Sarr, ärgern Sie sich eigentlich über die Deutschen? Die Berliner Museen wollten ja lange nichts von den geräuberten afrikanischen Artefakten herausrücken, an denen „Blut klebt“, wie Ihre Kollegin Bénédicte Savoy es formulierte. **Felwine Sarr:** Ganz im Gegenteil. Die deutsche Haltung ist eine der fortschrittlichsten in Europa. Wir haben die Debatte in Deutschland genau verfolgt und festgestellt: Das Land ist immer fortschrittlicher geworden. Das zeigt die Debatte um das Humboldt Forum und die Dekolonialisierung. Es gibt viele Museen, die sich zur Restitution entschlossen haben, zum Beispiel das Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum oder das Lindenmuseum in Stuttgart. Monika Grütters, die Kulturstatsministerin, hat sich entschieden für die Restitution ausgesprochen. Wir sind als längst nicht mehr anfang, als es gebührtsham hieß: Wir machen erst mal Provenienzforschung. Deutschland hat sich bewegt.

ZEIT: Der Impuls zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und zur Rückgabe afrikanischer Objekte kommt von Frankreich aus. Wie hat sich die Lage dort entwickelt?

Sarr: Glauben Sie mir, die Debatte in Deutschland ist interessanter als die in Frankreich. Dort ist seit unserem Bericht praktisch nichts passiert. Am 4. Juli gab es in Paris eine Konferenz, um über die nächste Stufe der Restitution zu beraten. Doch geschehen ist fast nichts. Okay, sie haben beschlossen, 26 Objekte aus Benin zu restituiieren. Bénédicte Savoy und ich waren zu dieser Konferenz eingeladen, aber wir sind aus Protest nicht hingefahren.

ZEIT: Wo liegen die Ursachen der stagnation?

Sarr: Viele wollen jetzt das Wort Restitution durch Zirkulation setzen. Damit will man die Frage nach dem Eigentum vermeiden, indem man sagt: Die Objekte sind universell. Wir dagegen kämpfen für den Begriff Restitution, denn es gibt da eine gesetzliche und eine historische Dimension. Restitution bedeutet: Jemand hat anderen etwas weggenommen, das jetzt zurückgegeben werden muss. Zirkulation kann nicht gut gehen, wenn einer alles hat und der andere nichts und der eine auch noch den ganzen Prozess kontrolliert. Deshalb haben wir gesagt: Zirkulation ja, aber erst wenn die Objekte restituierter worden sind.

ZEIT: Welche Beziehung haben Sie zu Ihrem Auftraggeber, Präsident Emmanuel Macron?

Sarr: Ich habe keine Beziehung zu Macron. In seiner berühmten Rede in Ouagadougou hat er mein Buch *Afropatia* zitiert. Dort steht, dass man Afrika keinen Weg zu weisen braucht, sondern dass es seinen Weg selbst finden muss. Macron hingegen fragt in seiner Rede: Können wir, Franzosen und Afrikaner, diesen Weg Hand in Hand gehen? Als ich das hörte, ging ich sofort auf Diskussion. Ich war von Macrons Rede nicht überzeugt, ich hatte übrigens gerade mit meinem Freund Achille Mbembe einen sehr kritischen Artikel über den Einfluss Frankreichs in Afrika geschrieben. Als Macrons Mitarbeiter mich anriefen, wollte ich gar nicht antworten. Meine erste Reaktion war sehr vorsichtig: Ich fragte mich: Meinte Macron das ernst, oder war das nur eine politische Rede? Erst Bénédicte Savoy hat mich überredet mitzumachen. Ich willigte ein, aber nur unter der Bedingung, als Wissenschaftler frei und unabhängig von der Politik arbeiten zu können.

ZEIT: Wie haben Sie Bénédicte Savoy zusammengebracht?

Sarr: Wir waren ein exzellentes Tandem. Ich kannte Bénédicte vorher nicht. Es hätte schwierig werden können, aber wir fanden gut zusammen. Wir unternahmen eine Reise nach Afrika, nach Kamerun, Benin, in den Senegal, nach Mali. Bénédicte war vorher nie in Afrika gewesen. Sie wusste aber viel über die Objekte, die Kunstgeschichte.

ZEIT: Was war Ihr Anteil?

Sarr: Ich habe die Idee der Relationalität eingebracht: was die Restitution für die Afrikaner bedeutet, die afrikanische Geschichte, den Aufbau

einer afrikanischen Identität. Wir wussten, dass die allermeisten Objekte ohne die Zustimmung der Kolonisierten mitgenommen wurden. Und das haben wir kritisirt.

ZEIT: Was will Macron wirklich? Geht es ihm um die Kultur? Oder nutzt er die Restitutionsdebatte für seine eigenen Ziele? Afrikanische Intellektuelle haben ja den Verdacht geäußert, Frankreich verliere in Afrika gerade an Macht und Ansehen, da solle die Restitution als gönnerhafe Geste möglicherweise gute Stimmung verbreiten.

Sarr: Ich habe viel über Macrons Motivation nachgedacht. Politiker haben immer vielschichtige Motive. Macron wollte wohl vor allem eine Botschaft an die jungen Afrikaner schicken. Die Kritikerinnen die Beziehungen zu Frankreich und alles, was nach Neokolonialismus riecht. Sie wollen Fairness. Macron hat das verstanden. Er wollte eine neue Basis für das afrikanisch-französische Verhältnis anbieten. Doch dieser Prozess ist ihm entglitten. Macron konnte das nicht kontrollieren. Er setzte eine Entwicklung in Gang, die sich verselbstständigte.

ZEIT: Hat sich seine Perspektive verschoben?

Sarr: Am Anfang wollte er restituiieren. Aber es gibt eine interne Dynamik. Seine Position ist heute nicht mehr so mächtig, andere politische Kräfte geben den Ton an.

Bei der Europawahl war die Rechte stärker als die Linke. Und selbst in seiner eigenen Partei stehen viele eher rechts. Politiker stehen immer auf die Wählermeinung. Viele haben keine starken inhaltlichen Überzeugungen.

ZEIT: Halten Sie Macron für unglaublichwürdig?

Sarr: Ich glaube, Macron hat über den tiefen Sinn von Geschichte und Politik nachgedacht. Er war ja der Assistent von Paul Ricœur, dem französischen Philosophen. Macron gab bei einer Rede in Alger als erster französischer Präsident zu, dass der Kolonialismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Er hat auch als Erster über die Folter in Algerien gesprochen und die Rolle der sogenannten Soldaten im Ersten Weltkrieg anerkannt. Es ist also komplex. Macron versteht die Auswirkungen der Geschichte und versucht, das politisch einzusetzen.

ZEIT: Wann und wie soll die Restitution erfolgen? Soll tatsächlich alles zurückgehen, so wie es in deutscher Feuilleton stand? Waren die Museen dann bald leer geräumt?

Sarr: Wir haben 22 Museumsdirektoren aus dem Senegal, aus Benin und Mali eingeladen und sie gefragt, was Restitution für sie bedeutet. Sie sagten, ja, sie wollten einiges zurück, aber keineswegs alle Objekte aus den französischen Museen, nur einige symbolische Artefakte. Dafür sollten die Franzosen eine Shortlist erstellen. Die Rückgabe sollte nicht aus einem Geist der Rache heraus geschehen. Die afrikanischen Museumsdirektoren waren durchaus bereit, die Objekte nach Europa auszuliefern. Ihre Prioritäten waren viel komplexer als das, was hier in den Zeitungen stand. Überhaupt ist die Restitution viel komplexer als das, was über sie in manchen Medien berichtet wird. Es geht um viel mehr. Die Rückgabe der Gegenstände ist der geringste Teil.

ZEIT: Worum geht es dann?

Sarr: Es geht darum, das Verhältnis von Afrika und Europa neu zu bestimmen. Die Frage der Restitution ist nur die erste Stufe der Debatte und nicht die interessanteste. Der dritte Teil unseres Berichts ist wahrscheinlich der wichtigste, aber auch der am wenigst diskutierte. Offenbar liest das keiner mehr. Wir sprachen von neuen ethischen Beziehungen und von einer Chance. Denn die Objekte, um die es geht, sind sowohl in Afrika als auch in Europa verankert. Es sind sowohl rituelle Objekte als auch Museumsstücke. Wenn wir diese Kreolisierung ernst nehmen, könnten die Objekte Mediatoren sein, Vermittler, um die Geschichte aufzuarbeiten und Afrika und Europa einander anzunähern. Danach können wir zu einer neuen Ebene von Kooperation und Respekt finden.

ZEIT: Welchen Wert hatten die Objekte für die ursprünglichen Besitzer in Afrika?

Sarr: Alle Objekte, die aus Afrika kamen, hatten einen Sinn, eine Linie in der Gemeinschaft. Diese Artefakte waren keine Objekte, sie waren Subjekte, denn sie besitzen eine Identität, und von ihnen gehen Handlungsfähigkeit und Macht aus. In der Kosmologie Afrikas brachten sie das Unheimliche ins Sichtbare, Rituale verliehen ihnen Einfluss. Die Identität dieser Objekte veränderte sich, als sie in die Museen kamen, sie bekamen eine neue Identität. Diese metamorphe Identität macht sie zu Hybriden. Sie umfassen sowohl Europa als auch Afrika, sie stehen im Grenzbereich beider Kulturen. Das definiert jetzt ihr Wesen.

ZEIT: Es heißt ja, die Artefakte hätten aus ritueller Sicht ihren Sinn, ihre Kraft und ihre Bedeutung verloren, als sie in die heutigen Museen wanderten.

Sarr: Das ist ein extrem spannender Punkt. Wir haben bei afrikanischen Communities nachgefragt. Einige sagen: Wir wollen diese Objekte nicht mehr haben, sie haben ihre spirituelle Kraft verloren. Aber als Gemeinschaft können wir sie mit neuer Kraft aufladen. Im Museum von Bamako etwa wurde ein Ritual durchgeführt, um die Objekte spirituell neu aufzuladen. Andererseits können sie ihre Kraft auch wieder entladen, bevor sie in ein Museum kommen. Das heißt: Dasselbe Objekt kann zu verschiedenen Zeiten verschiedene Identitäten haben.

ZEIT: Worin besteht dann die Rolle Europas im Restitutionsstreit?

Sarr: Europa muss lernen, eine gemeinsame Welt ohne europäische Führung zu akzeptieren und nicht immer nur vorangehen zu wollen. Die Europäer müssen auf die Erfahrungen anderer hören. Sie sollten nicht überall ihre Ideen von Demokratie und Liberalismus predigen, sie müssen von anderen lernen und Erfahrungen teilen. Es gibt eine kulturelle Arroganz, die hier fest verwurzelt ist. Europa wird immer als Abfolge von Erfolgen gelassen, Wissenschaft, Technologie, Expansionismus, das geht so seit dem 15. Jahrhundert. Man findet das auch bei Leuten, die sich für fortschrittlich halten.

ZEIT: Was hat Afrika zu bieten?

Sarr: Europa leitet sich vom Individuum her, Afrika geht von der Gemeinschaft aus. Nach dem Motto: Ich bin, weil wir sind. Afrika hat viel mehr Erfahrung damit, andere zu integrieren. Wenn Menschen aus Ghana oder Mali in den Senegal kommen, gibt es Mechanismen, um sie aufzunehmen. Sie können auch gern ihre Götter mitbringen, die werden dann ins Pantheon aufgenommen. Das ist die Idee des Synkretismus. Man kann Christ, Muslim und Yoruba gleichzeitig sein. Man kann verschiedene Identitäten haben, traditionelle und moderne. Wir haben keine exklusive Beziehung zu den Dingen. Das ist eine soziale Technik. Und aus dieser Erfahrung können auch andere lernen. Die afrikanische Gesellschaft ist voller Dynamik.

Das Gespräch führte Werner Bloch

Das jüngste Buch von Felwine Sarr, »Afropatia«, ist in Deutschland bei Matthes & Seitz erschienen. Derselbe Verlag hat das Gutachten von Sarr und Bénédicte Savoy veröffentlicht: »Zurückgeben: Über die Restitution afrikanischer Kulturgüter«

Von wegen Tugendterror! Fortsetzung von S. 33

Moralklauseln einzusetzen begannen. In den Fünfzigerjahren benutzten die Studios die Klauseln dann, um sich von Mitarbeitern zu trennen, denen unamerikanisches, also kommunistische Aktivitäten nachgesagt wurden und die deshalb schlecht für das öffentliche Ansehen der Studios und damit schlecht für Geschäft waren. In den Achtzigerjahren fanden die Klausulen ihren Weg in all jene Branchen, die ebenfalls stark auf einzelne Superstars und deren öffentliches Image setzten: im Sport, im Fernsehen, im Modelgeschäft, Käte Moss, mit deren Rock-Image die Modeindustrie viel Geld verdient hatte, gab 2005 zu, dass sie kokste. Darauf verlor sie ihren Werbevertrag mit der Modemarke H&M. Die kindlichen Zwillinge Mary-Kate und Ashley Olson verloren ihren

Werbevertrag mit einer Milchfirma, nachdem bekannt wurde, dass Mary-Kate magersüchtig war.

In einer Gesellschaft, die immer öffentlicher wird und in der nicht nur Filmstars und Sportler, sondern auch Autoren und Journalisten zunehmend zu Märkten werden, mit Fernsehauftreten, Wortgerüsten und eigenen Social-Media-Auftritten, wird die Risikoabsicherung von ebenjener Öffentlichkeit durch Moralklauseln immer allgegenwärtiger.

Als die Starautorinnen des Magazins *The New Yorker* Jane Mayer und Masha Gessen ihre neuen Verträge erhielten, stolperten sie zu ihrem ersten Mal über eine Moralklausel. Der Verlag Condé Nast, zu dem der *New Yorker* gehört, nahm sich darin die Freiheit, den Vertrag zu kündigen, sollten die Journalistinnen »das Subjekt öffentlichen

Missredits, Streits, von Verachtung, Beschwerde oder eines Skandals« werden. Jane Mayer schrieb der *ZEIT* in einer E-Mail, dass sie die Verhandlung über die Klausel ihren Agenten übergeben habe, und Gessen, die mit kritischen Kommentaren über die #MeToo-Bewegung viel Online-Kritik auf sich gezogen hatte, hatte der *New York Times* gesagt, dass auch sie die Klausel nachverhandelt habe. Wie schnell selbst ein Staturator zu einem Imageproblem für das Magazin werden kann, haben sie vor Kurzem erst bei einem ihrer Kollegen erlebt.

Ryan Lizza war der Washingtoner Korrespondent der *New Yorker*. Mitten in der ersten #MeToo-Welle wurde ihm per Anwalt von einer öffentlich anonym bleibenden Frau unangemessenes sexuelles Verhalten vorgeworfen. Der Vorwurf wurde öffentlich, Details nicht. Der Fernsehsender CNN, der Lizza als Kommentator beschäftigte, prüfte den Fall und kam zu dem Ergebnis, dass er Lizza guten Gewissens weiter beschäftigen konnte. Der *New Yorker* jedoch entließ den Journalisten nach dem Bekanntwerden der Anschuldigungen schnell. Das Magazin hatte zuvor mit mehreren groben Texten über die Missbrauchsvorwürfe gegen Harvey Weinstein die #MeToo-Bewegung überhaupt erst losgetreten. Allen der Verdacht, dass sich ein Mitarbeiter sexuellen Fehlverhaltens schuldig gemacht haben könnte, hätte einen großen Imageschaden bedeutet und möglicherweise zu einem Boykott des Magazins geführt.

Die Moralklauseln bringen ein bisschen der Logik der Internet-Ökonomie in das Verlags-

wesen. Wir stellen dir eine Plattform zur Verfügung, du steuerst dein Auto bei (Uber), deine Wohnung (Airbnb) oder dein Buch. Solltest du ein Problem haben (Unfall, Wohnungsschäden oder Publicity-Desaster), dann bist du auf dich allein gestellt.

Seit Kurzem ist Ryan Lizza bei Simon & Schuster unter Vertrag. Er wird ein Buch über den bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf schreiben. Das Risiko für den Verlag, sollte die alte Geschichte noch einmal hochkommen, ist gering. Würde der Autor zu einem öffentlichen Ärgernis, fordert Simon & Schuster gemäß Standardvertrag den gesamten Vorschuss zurück.

www.zeit.de/audio